

# Cannstatter Zeitung Untertürkheimer Zeitung

TAGESZEITUNG FÜR BAD CANNSTATT, UNTERTÜRKHEIM UND DIE NECKARVORORTE

196. Jahrgang | Nr. 281 | Woche 49 | ZKZ 2039

Donnerstag, 3. Dezember 2020

www.cannstatter-zeitung.de | 1,70 €



## Hintergrund

### Corona-Krise trifft Angstpatienten hart

Seite 13

## Wirtschaft

### Viereinhalb Jahre Haft für Windreich-Gründer Balz

Seite 9

## Kultur

### Jean-Luc Godard wird 90

Seite 21



## Sport

### Der VfB will frei werdende Gelder sinnvoll nutzen

Seite 20

## Lobbyregister soll zügig entstehen

Stuttgart - Kurz vor Ende der Legislaturperiode wollen mehrere Fraktionen im Landtag ein Gesetz für ein Lobbyregister durchpauken. Noch vor der Weihnachtspause will man einen gemeinsamen Gesetzentwurf erarbeiten. Darauf einigten sich die Parlamentarischen Geschäftsführer von Grünen, CDU, SPD und FDP. Das Vorhaben ist Teil des grün-schwarzen Koalitionsvertrags. Bislang war außer Gesprächen zwischen den Fraktionsspitzen wenig passiert. Man wolle die Gesetzgebung im Bund abwarten, hieß es. Für Bewegung hat nun wohl ein Gesetzentwurf der SPD gesorgt, den die Fraktion vergangene Woche im Landtag einbrachte. (agr) ▶ Seite 15

## Kommentar

### Ungezogen

Die Verkehrspolitik bevormundet die Bürger.

Von Klaus Köster

Nur eine Minderheit plädiert für den Bau neuer Straßen“, sagte Verkehrsminister Winfried Hermann im vergangenen Jahr und sieht seine Politik voll bestätigt. Schließlich will er seit jeher die „Dominanz des individuellen Pkw-Verkehrs zurückdrängen“ und die Stuttgarter Innenstadt autofrei machen. Den meisten Bürgern sind reale Verbesserungen ihres Alltags aber wichtiger als Visionen, die einer Fata Morgana gleichen. Nur neun Prozent haben laut der Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg den Eindruck, im Land werde ausreichend in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Noch vor fünf Jahren war der Anteil der Zufriedenen fast dreimal so hoch. Dabei bestanden im Südwesten in all der Zeit ideale Bedingungen für eine Verkehrspolitik aus einem Guss. Vom Ministerpräsidenten über den Verkehrsminister, vom Umweltminister über den Regierungspräsidenten bis zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt tragen alle maßgeblichen Akteure die grüne Parteifarbe. Grün regiert seit Jahren durch.

Fahrverbote und die Sperrung von Spuren zur Erzeugung von Staus sind eher politische Ersatzhandlungen als Verbote moderner Verkehrspolitik. Die passenden Gerichtsurteile hatte man einst durch den Verzicht auf Gegenargumente und auf Rechtsmittel selbst mit herbeigeführt. Die meisten Bürger wollen aber eine Verkehrspolitik, in der Auto, Bus und Bahn nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie wollen zwischen alltagstauglichen Alternativen wählen, anstatt wie ungezogene Kinder behandelt und immer wieder gemäßregelt zu werden.



Heute erst vereinzelt Nebel, danach vermehrt sonnige Abschnitte. Morgen bedeckt, gelegentlich Regen oder Schnee.

► Kinderleicht Seite 17 ► Börse Seite 10  
► Fernsehen Seite 17 ► Wetter Seite 2



## Graffiti an A 8 sorgen für Zoff

### Teure Beseitigung: Regierungspräsidium nimmt Sprayer-Aktionen hin – sehr zum Ärger der Polizei / Seite 7

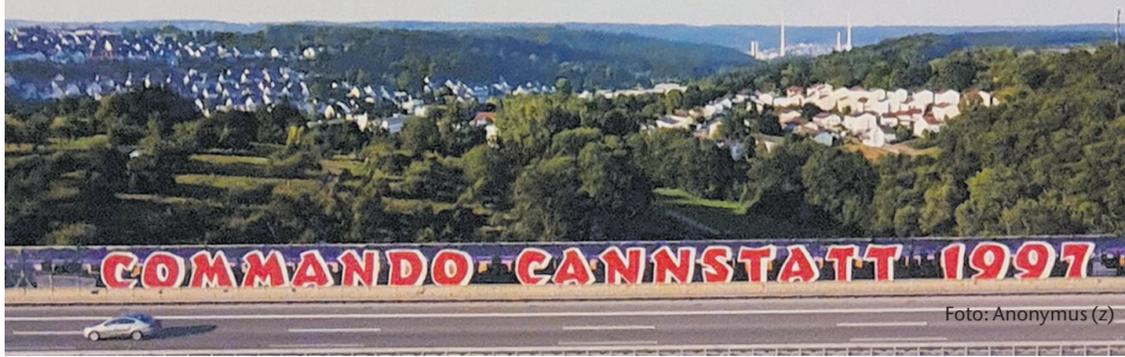


Foto: Anonymus (z)

## Skepsis bei Bus und Bahn

Umfrage im Land: Mehrheit beklagt mangelnde Investitionen ins Straßennetz.

Von Christoph Link

Laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg ist eine Mehrheit der Befragten (64 Prozent) der Ansicht, dass im Südwesten in den letzten Jahren zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiert worden sei. Damit ist der Anteil der mit dem Zustand von Straßen, Brücken und anderen Verkehrsbauwerken Unzufriedenen im Vergleich zu 2015 leicht gestiegen.

In der aktuellen Umfrage war die Einstellung der Bürger zu den verkehrspolitischen Herausforderungen in Zeiten des Klimawandels abgefragt worden – gerade auch vor dem Hintergrund einer seit neun Jahren von den Grünen geführten Landesregierung.

Was die künftige Verkehrspolitik angeht, war das Meinungsbild gespalten:

Eine Mehrheit von 56 Prozent findet, der Ausbau müsse ins Straßennetz und in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) „gleichermaßen“ erfolgen, 23 Prozent sind für mehr Busse und Bahnen und 17 Prozent für den Straßenbau. Bei jüngeren Leuten zwischen 18 bis 29 überwiegen die ÖPNV-Anhänger (43 Prozent) gegenüber den Freunden des Straßenbaus.

Was das eigene Verhalten anbelangt, sind die Beharrungskräfte in der Bevölkerung offenbar noch groß: Eine Mehrheit (68 Prozent) der befragten Baden-Württemberger, die täglich oder mehrfach in der Woche mit dem Auto unterwegs sind, sehen in Bus und Bahn „keine ernsthafte Alternative“ und schließen einen Umstieg aus. Auch bei E-Autos fehlt noch Akzeptanz.

In der Reihe der drängendsten Probleme werden zuerst die hohen Preise für

den Nahverkehr in Bussen und Bahnen genannt (52 Prozent), gefolgt von drei „Auto-Themen“: zu viele Staus (50), schlechter Zustand der Straßen (45) und zu wenig Parkplätze in Innenstädten (43). Erst an zehnter Stelle wird der „schlechte Zustand des Schienennetzes“ genannt (17 Prozent). Großstädter nehmen die Ticketpreise für Busse und Bahnen sowie Staus als Problem wahr, „Bewohner ländlicher Regionen ärgern sich überproportional oft über schlechte Verkehrsverbindungen“.

Auffällig ist, dass Lieblingsthemen von Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) bei den Bürgern kaum eine Rolle spielen: Einen Mangel an Radwegen stellt nur jeder Vierte fest, Car-Sharing-Angebote fehlen nur jedem Zehnten. Immerhin lehnen nur noch 34 Prozent ein Tempolimit auf Autobahnen strikt ab. ▶ Seite 16

## Land fordert Zusatzrente

Minister Hauk will eine Reform der Altersvorsorge.

Von Barbara Schäder

Die Landesregierung dringt angesichts der Probleme beim Aufbau einer umfassenden Altersvorsorge für breite Bevölkerungsschichten auf eine Reform. Noch vor der Landtagswahl im März werde Baden-Württemberg über den Bundesrat die Bundesregierung auffordern, die Voraussetzungen für ein „kostengünstiges, sicheres, transparentes und leistungsstarkes staatlich organisiertes Standardprodukt“ für den Aufbau einer Zusatzrente zu schaffen, teilte das Verbraucherschutzministerium in Stuttgart unserer Zeitung mit. „Zahlreiche Angebote zur privaten Altersvorsorge sind am Markt, aber viele sind zu komplex, die Renditen zu gering oder die Kosten zu hoch“, kritisierte Verbraucherschutzminister Peter Hauk (CDU). Die Landesregierung tritt für ein Modell ein, das schon vor einigen Jahren entwickelt wurde. Es sieht vor, dass Arbeitnehmer zusätzlich zum Beitrag für die ge-

setzliche Rente Geld auf ein „Vorsorgekonto“ einzahlen können, das am Kapitalmarkt angelegt wird. Ein Teil der jährlich erwirtschafteten Erträge soll in einen kollektiven Reservetopf fließen, um etwaige Verluste auszugleichen. Ein solcher Mechanismus schmälert freilich die Renditechancen, weshalb andere Vorschläge für ein Standard-Altersvorsorgeprodukt auf einen Risikoausgleich verzichten.

Die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) empfiehlt, die Garantiezinsen auf Lebensversicherungen zum 1. Januar 2022 von 0,9 auf 0,25 Prozent zu senken. Zudem sollten Versicherungsgesellschaften von der Pflicht ent-

bunden werden, bei Riester-Verträgen und in der betrieblichen Altersvorsorge mindestens den Erhalt aller angesparten Beiträge bis zum Renteneintritt zu garantieren. Die Zinsen am Kapitalmarkt seien in der Corona-Krise noch einmal um 0,2 bis 0,5 Prozentpunkte gesunken, sagte DAV-Vorstand Guido Bader. (dpa)



## Teil-Lockdown bis 10. Januar verlängert

Berlin - Angesichts anhaltend hoher Corona-Zahlen wird der Teil-Lockdown bis zum 10. Januar verlängert. Das haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder bei ihren Beratungen am Mittwoch beschlossen, wie die CDU-Politikerin im Anschluss mitteilte. „Im Grundsatz bleibt der Zustand, wie er jetzt ist.“ Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU) erklärte, die Corona-Lage sei „mitnichten“ entspannt. Es sei richtig, den Teil-Lockdown bis zum 10. Januar zu verlängern. Merkel sagte, Deutschland sei in der Corona-Pandemie noch „sehr weit entfernt“ von Zielwerten. Man habe eine sehr hohe Zahl von Todesopfern zu beklagen. Dies zeige, welche Verantwortung Bund und Länder hätten. Erreicht werden solle ein Wert von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen. Die Gesundheitsämter haben dem Robert Koch-Institut binnen 24 Stunden 487 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus gemeldet, teilte das RKI am Mittwoch mit. (dpa)

## Hedelfingen

### Taekwondo-Schule droht das Aus



Foto: Baygün

Ramazan Baygün und die Mitglieder der Sportschule Hedelfingen sind geschockt. Nach 20 Jahren müssen sie „ihre Heimat“, die Trainingsräume in der Rüter Straße, verlassen. Der Mietvertrag wurde gekündigt. Einen neuen Standort haben sie noch nicht gefunden. Der Taekwondoverein hat vorbildliche Integrationsarbeit geleistet und Topathleten hervorgebracht. ▶ Seite 5

## Freiberg

### Wohnungsbau am Julius-Brecht-Haus

Beim Julius-Brecht-Haus ist Wohnungsbau geplant: Zwei Wohnbaugenossenschaften wollen auf ihrem Areal an der Kreuzung Mönchfeld-/Adalbert-Stifter-Straße insgesamt 128 Wohnungen bauen. Dazu wird eine bestehende zweigeschossige Parkgarage abgerissen. Gemeinderat und Bezirksbeirat haben den Auslegungsbeschluss dafür befürwortet. ▶ Seite 4

## Bad Cannstatt

### Verbände setzen auf virtuelle Sitzungen



Foto: Pro Stimme

Wegen Corona haben viele Vereine und Verbände ihre Hauptversammlung vom Frühjahr in den Herbst verschoben. Das Problem: Auch in den vergangenen Wochen konnten sich die Mitglieder nicht treffen, um die Vorsitzenden wiederzuwählen oder eben den Kassier zu entlasten. Eine Alternative stellen Online-Sitzungen dar – bei der Durchführung hilft unter anderem die Cannstatter Firma Pro Stimme. ▶ Seite 3

## Stuttgart

### Schwabtunnel ohne Radspur

Der Schwabtunnel wird saniert. Doch die Radfahrer waren mit den Plänen nicht zufrieden. Denn sie sehen keinen Radstreifen vor. Bereits im Vorfeld der Sanierung gab es deshalb in den Bezirksbeiräten kontroverse Diskussionen. Das Linksbündnis im Rathaus fasst die Einwände in einem Antrag zusammen und fordert einen Verkehrsversuch. ▶ Seite 8